

Das Mahnmal nimmt die nächste Hürde

Der Ortsrat Großburgwedel hat die endgültige Textfassung für das geplante Mahnmal einstimmig beschlossen – trotz heftiger Einwände einzelner Bürger. Von Kerstin Hamann Großburgwedel.

Wohlwissend, dass das Mahnmal hohe emotionale Wellen schlägt, hatte der Ortsrat in seiner Sitzung am **Donnerstag** (Anm.:13.09.2012) eine weitere Fragestunde eingeräumt. Die Diskussion – gekennzeichnet von Missverständnissen, Vorwürfen und Enttäuschungen – entzündete sich am letzten Satz im Informationstext über die militärischen Opfer. Diese komplette Fassung lautet:

„Zwischen 1939 und 1945 nahmen Millionen Männer und Frauen aus Deutschland an einem Krieg teil, der schwerste Verwüstungen und größtes Leid zur Folge hatte. NS-Regime und Wehrmachtsführung handelten aus verbrecherischen Motiven, die insbesondere in Osteuropa einer rassistischen Ideologie folgten. Ob die Soldaten diese Ziele teilten oder sich widersetzen, ob sie an Verbrechen beteiligt waren oder unbescholten blieben, ist für jeden Einzelnen zu fragen.“

Dem Historiker Habbo Knoch zufolge bilde die letzte Formulierung „für jeden Einzelnen zu fragen“ nun exakt ab, was dem Mahnmal-Ansatz zugrunde lag: Entscheidend sei das individuelle Verhalten, nicht die Zugehörigkeit zu einer Organisation. Wortmeldungen zeigten, wie festgefahren die Parteien sind: Ob die Gemeinde weitere „Forschungsvorgänge“ zu den gefallenen Soldaten anlegen werde? Ob man jeden der aufgeführten Namen mit einem Makel versehen wolle? Warum denn – wo doch Schule sich mit dem Thema auseinandersetze – der Satz da stehen müsse? „Die Formulierung bleibt“, sagte Axel Düker (SPD) mit Nachdruck. „Wir wollen damit anregen, Fragen zu stellen – nach der deutschen Geschichte, aber auch nach der Geschichte eines jeden Einzelnen. Zu fragen muss kein Vorwurf sein. Wenn wir das jetzt nicht tun, dann haben wir einen großen Schritt nicht getan.“ Bürgermeister Hendrik Hoppenstedt war enttäuscht von den Reaktionen einiger Besucher: „Das Mahnmal soll für die gesamte Stadt glaubwürdig sein.“ Wenn der Verwaltungsausschuss den Kosten von 22.000 Euro zustimmt, dann könnte das Mahnmal bis zum Volkstrauertag errichtet werden. Wer den Namen seines Angehörigen nicht auf dem Mahnmal lesen möchte, kann bis Freitag, 27. September, seinen Einwand schriftlich bei Andrea Stroker vom Ordnungsamt im Rathaus, Fuhrberger Straße 4, abgeben.

Friedrich-Karl Freiherr von Wrangel (großes Bild, rechts stehend) bringt mehrere Bücher über den Zweiten Weltkrieg mit in die Ortsratssitzung, aus denen er zitiert. Der Historiker Habbo Knoch (kleines Bild) erklärt den Zuhörern die geänderte Textfassung. Hamann (2)

Kommentar:

Wir haben ein Recht auf Fragen

Versöhnung. Verständnis. Demut. Haben diese drei Begriffe rein gar nichts mit dem Mahnmal zu tun? Zumindest waren sie in der Diskussion vorgestern Abend kaum zu spüren. Der Ton, mit dem sich einzelne Herren gegenüber Ortsrat und dem Historiker Habbo Knoch zu Wort meldeten, war unversöhnlich, vorwurfsvoll, verletzend, zum Teil hochmütig. Das ist das eine. Das andere ist das Nun-muss-doch-mal-Schluss-sein-Denken. Nein, damit kann nicht Schluss sein. Fragen zu stellen ist unser Recht. Das Recht der Nachgeborenen, die sich nicht vorstellen können, wie es ist, in einem Krieg zu kämpfen – wie der eigene Opa oder Uropa. Fragen nach dem Handeln, dem Denken, dem Schicksal des Einzelnen. Dadurch wird dem Einzelnen noch kein Makel angehängt. Das Mahnmal gibt nur preis, dass die Gefallenen im Krieg waren. Wie sie dort handelten – das gilt es für jeden Einzelnen zu fragen. Stellen wir uns der Vergangenheit. In den Familien. Am Mahnmal. Jederzeit. Das ist Versöhnung.